

## Sozialdemokratische Reformdiskurse

### Einleitung zum Schwerpunkt

von Ralf Höschele, Michael Reschke, Thilo Scholle



Foto: www.photocase.de © time

Wo steht die deutsche Sozialdemokratie drei Jahre nach der historischen Wahlniederlage von 2009 und ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl? Mit dem Bundesparteitag 2009 in Dresden ist die SPD ihre Erneuerung angegangen. Personell fand ein Wechsel an der Parteispitze statt und inhaltlich wurden einige politische Entscheidungen aus den Regierungsjahren aufgearbeitet und das Verhältnis zu wichtigen außerparlamentarischen Bündnispartnern wie den Gewerkschaften oder der Anti-Atom-Bewegung deutlich verbessert. Was allerdings mögliche Koalitions- und somit Machtoptionen für 2013 betrifft, steht die SPD heute nicht besser da als 2009.

Inhaltlich gelang es an einigen Punkten, das sozialdemokratische Profil zu schärfen. So wurde zum Beispiel im letzten Dezember vom Bundesparteitag einstimmig ein neues sozialdemokratisches Steuerkonzept beschlossen, das u.a. wahrnehmbare Steuererhöhungen für Spitzenverdiener enthält und klar auf eine Stärkung der staatlichen

Handlungsfähigkeit setzt. Zudem wurden die großen Anti-Atom-Proteste mit Menschenketten oder Großdemonstrationen vom Parteivorstand politisch, finanziell und organisatorisch unterstützt.

In anderen Politikfeldern ist die SPD allerdings noch nicht so weit vorangekommen. In der Rentenpolitik wurde bei mehreren Parteitagen eine Entscheidung vermieden und aufgeschoben. Nun steht in diesem Herbst die Auseinandersetzung mit den von SPD-Arbeitsministern verantworteten Rentenreformen seit 2001 an. Hier ist vor allem die Frage zu klären, wie sich die SPD zur gesetzlich vorgesehenen Absenkung des Rentenniveaus auf 43 Prozent und zur zukünftigen Rolle der kapitalgedeckten privaten Vorsorge verhält.

Ein Jahr vor der Bundestagswahl ist die SPD programmatisch und strategisch noch längst nicht für den Wahlkampf aufgestellt und die inhaltlichen Unterschiede zur Union sind in zentralen politischen Fragestellungen

auch drei Jahre nach Ende der großen Koalition noch immer nicht klar. Der Prozess zur Erarbeitung des Wahlprogramms 2013 sollte genutzt werden, um das sozialdemokratische Profil der SPD klarer zu formulieren – auch und gerade in der Abgrenzung zur Union. Dazu ist eine Erneuerung des Gleichheitsversprechens zentral. Angesichts der zunehmenden sozialen Spaltung der Gesellschaft, der immer weiter fortschreitenden Prekarisierung des Arbeitsmarkts und der Angriffe auf den Sozialstaat muss von der SPD die Verteilungsfrage wieder stärker in den Fokus genommen werden. Grundlage für diese Frage ist die nach der Weiterentwicklung der ökonomischen Grundlagen unserer Gesellschaft. Internationale Finanzkrise und Eurokrise, aber auch Vorstellungen von einem Ende der Ressourcen des Planeten und damit den Möglichkeiten wirtschaftlichen Wachstums sind dabei wichtige Themen der gesellschaftlichen Diskurse sowohl in eher linken wie auch in eher konservativen Milieus. Dass das aktuelle Modell kapitalistischer Ökonomie in einer Krise steckt, wird weitgehend geteilt. Große Differenzen gibt es bei der Analyse der Ursachen und den Vorschlägen zu möglichen Lösungswegen. Die Diskussion darüber, wie ein sozialdemokratischer wirtschaftlicher Entwicklungspfad aussehen kann, der auf den bestehenden industriellen Strukturen in Deutschland aufbaut, und diese vor dem Hintergrund der weltwirtschaftlichen Verschiebungen und der ökologischen Herausforderungen weiterentwickelt, wäre innerhalb der SPD dringend zu führen. Sie würde zugleich auch wieder Anschlussmöglichkeiten an Diskurse in gesellschaftlichen Gruppen und Zusammenhängen außerhalb der SPD ermöglichen.

Welchen Weg die SPD zu ihrem Bundestagswahlprogramm nehmen wird, ist noch längst nicht ausgemacht. Dabei ist auch nicht ausgeschlossen, dass die SPD 2013 erneut in einen Ähnlichkeitswettbewerb mit der Union eintritt, darauf verzichtet klare Alternativen aufzuzeigen und so versäumt die

Bundestagswahl zu einer echten Richtungs- wahl zu machen. Indizien für diesen Kurs gab es in den letzten Monaten immer wieder. Am deutlichsten wurde das bei den diversen Abstimmungen zur Euro-Rettung, bei denen es der SPD insgesamt nicht gelang, die Unterschiede zur Regierungskoalition deutlich zu machen.

In der Öffentlichkeit wurde vor allem wahrgenommen, dass die SPD den Kurs der Kanzlerin mittrage. Dies gilt oftmals auch für andere, über die Krise hinausgehende Forderungen, bei denen Regierung und SPD sich in den Umsetzungsvorschlägen im Kern zwar deutlich unterscheiden, bei denen aber in der medialen Öffentlichkeit meist eine große Deckungsgleichheit zwischen Regierung und SPD angenommen wird. Hierzu zählen beispielsweise die Forderungen nach Einführung eines Mindestlohns, nach einer Grundrente bzw. nach einer Soli-Rente oder beim Atomausstieg und der Energiewende. Eine inhaltlich Wahrnehmung der SPD, die sich nur in einigen Spiegelstrichen von der Union unterscheidet, führt aber fast zwangsläufig zu einer großen Koalition unter Führung der Union (oder gar zur Fortsetzung von Schwarz-Gelb).

Dabei gibt es durchaus nach wie vor ganz grundsätzliche Differenzen zwischen den beiden Volksparteien. Ganz plastisch wird das in der Familienpolitik, wo die CSU mit dem Betreuungsgeld ihr konservatives Familienbild verfolgt und es der SPD leicht fällt, sehr geschlossen dagegen zu mobilisieren.

Doch anders sieht es bei vielen anderen umstrittenen Fragen aus. Auch SPD-Abgeordnete ordnen dem Ziel der Haushaltssanierung oft alle anderen, verteilungspolitisch relevanten politischen Ziele unter. Sie erklären die Reduzierung der Staatsverschuldung zum einzig bedeutsamen politischen Ziel und bedienen so die Diskurse der Konservativen und Neoliberalen. Und noch immer verteidigen

SPD-Politiker die Absenkung des gesetzlichen Rentenniveaus als scheinbar alternativlos und propagieren den weiteren Ausbau einer kapitalgedeckten Alterssicherung und stellen dabei das Ziel, den Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung stabil zu halten, als naturgegebene Notwendigkeit dar. Das ist nicht nur verteilungspolitisch fatal, sondern zeugt auch von wenig ökonomischen Sachverstand.

Eigene, sozialdemokratische Begriffe werden kaum gesucht, stattdessen spielt man das Spiel des politischen Gegners und nutzt dessen Begriffe wie „Fairness“, „Schuldenbremse“ oder aktuell „Staatsschuldenkrise“. Unter diesen Vorzeichen würde es tatsächlich schwierig werden, einen Verteilungswahlkampf zu führen. Die Angst der SPD vor einer zugespitzten Richtungsentscheidung lässt sich auch in der „Troika“ sehen, wo drei sich nahe stehende Politiker um die Kanzlerkandidatur konkurrieren, die sich zwar in der Rhetorik unterscheiden und hierüber für den medialen Diskurs auch „links“ und „rechts“ in der SPD repräsentieren, von denen aber keiner bislang konsequent an alternativen Vorschlägen für mögliches Regierungshandeln arbeitet, die über das Versprechen des etwas gerechteren Regierens hinausgehen. Ob es inhaltlich und strategisch größere Unterscheidungsmerkmale gibt oder sich die Unterschiede alleine auf das jeweilige Temperament beschränken, muss sich noch zeigen. So wird das Auftreten der SPD insgesamt als das einer Partei wahrgenommen, die das Bestehende etwas gerechter verwalten will, ohne große eigene Visionen mit Leben füllen zu wollen (oder wohlmöglich sogar zu können).

Doch eine Wahlauseinandersetzung, bei der die Verteilungsfrage ins Zentrum gerückt wird, bei der der Sozialstaat verteidigt und um seine Zukunft ebenso gestritten wird wie um die Grundlagen unseres demokratischen Gemeinwesens im Angesichte von Vertrauensverlust und Verlustes des Primats der Poli-

tik ist angesichts der gesellschaftlichen Lage zwingend erforderlich. Die sich immer weiter öffnende Schere zwischen arm und reich ist inzwischen im öffentlichen Bewusstsein fest verankert. Die Menschen nehmen wahr, dass das bundesdeutsche Aufstiegsversprechen schon lange nicht mehr eingelöst wird, dass die Gesellschaft undurchlässiger geworden ist und immer mehr Menschen abgehängt werden. Der Wunsch nach Alternativen wächst, doch gleichzeitig wird im politischen Raum nur noch selten um Alternativen ge-  
gungen.

### Beiträge des Schwerpunktes

*Benjamin Mikfeld* analysiert und diskutiert in seinem Beitrag „Transformation, Hegemonie und Diskurs“ die deutsche Diskurslandschaft und ihre Akteure. Ausgehend vom Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und Kapitalismus zeigt er die entscheidenden konservativ-liberalen und links-progressiven Diskursräume auf und fragt nach den Bedingungen eines gesellschaftlichen Pfadwechsels. Die Möglichkeit einer Diskurs-Allianz links der Mitte sieht er entlang der möglichen gemeinsamen Zielsetzung einer „demokratische[n] Transformation zur zukunftsgerechten Gesellschaft“. Diese verfolge vier Leitideen: eine ökonomische Innovations- und Modernisierungsstrategie, eine Rückeroberung des Öffentlichen, die Formulierung eines neuen Leitbilds von Erwerbsarbeit und eine vertiefte Internationalisierung.

*Matthias Micus* widmet sich dem organisatorischen und programmatischen Erneuerungsprozess der SPD seit 2009 und fragt: „Die Sozialdemokratie im Jahr 2012: Zurück zu den Wurzeln?“. Dabei stellt er die Prozesse innerhalb der deutschen Sozialdemokratie in den größeren Zusammenhang der Suchbewegungen rund um eine „Gute Gesellschaft“ innerhalb verschiedener europäischer Sozialdemokratien. Er sensibilisiert anhand von britischen, österreichischen u.a. Erfahrungen für

die Bedeutung von quartiersbezogener Parteilarbeit und bescheinigt der europäischen Sozialdemokratie eine wiedergewonnene Einsicht in die „Notwendigkeit von Balancen“ in ihren politischen Vorstellungen.

Wohl kaum ein sozialdemokratischer Programmbegriff hat schon so wechselhafte und gegensätzliche Zuschreibungen erfahren wie der der Reformen: von nicht weitgehend genug in den frühen Jahrzehnten der sozialdemokratischen ArbeiterInnenbewegung, über an diesen gerichtete gesellschaftspolitische Sehnsüchte in der sozial-liberalen Ära bis zu Skepsis und Verlust des progressiven Charakters des Begriffes in den letzten fast zwei Dekaden. Daher fragt *Horst Peter*: „Brauchen wir einen neuen Reformbegriff?“. Er bejaht dies und entwickelt anhand der Erfahrungen in der sozial-liberalen Ära, des Hamburger Programms und der politischen Erfahrungen in einzelnen Bundesländern ein Verständnis des Reformbegriffes, welches eine nachhaltige ökologische, aber ebenso sehr ökonomische wie soziale Entwicklung zum Kern hat.

*Ernst Dieter Rossmann* stellt in seinem Beitrag „Demokratischer Wandel und „kulturelle Hegemonie“ mit Rückgriff auf die Ideen Gramscis und der programmatischen und strategischen Erfahrungen der Sozialdemokratie in den letzten Jahrzehnten die Notwendigkeit politischer Alternativen und die Verantwortung und Rolle der SPD als (potenziell) führende linke Partei heraus. Dabei sensibilisiert er zudem für den Verlust der Sozialdemokratie von Vorstellungen eines „sozialdemokratischen Lebens“. Da sich diese nicht mehr wie in der Vergangenheit qua sozialer Lage einstellen, müssten sie nunmehr aktiv formuliert werden.

Den anzustrebenden Eckpunkten eines Wahlprogramms der SPD zur Bundestagswahl 2013 widmet sich *Hilde Mattheis* in ihrem Beitrag „Die SPD muss mutig links sein!“. Dabei stellt sie ein grundsätzliches Umdenken

in der Bewältigung der Eurokrise, eine glaubhafte Vertretung von sozialer Gerechtigkeit und Teilhabe, eine lebensstandardsichernde Rente, die soziale Dimension der Energiewende und Demokratie und Mitbestimmung als zentrale politische Felder heraus und sieht die Macht- und Realisierungsperspektive dieser Projekte jenseits einer großen Koalition.

„Schluss mit den Scheinlösungen!“ fordert angesichts der nach wie vor ungelösten Wirtschafts- und Finanzkrise *Björn Hacker* und stellt dabei die These auf, dass es ohne einen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel kein Ende der Eurokrise geben wird. Die Sozialdemokratie trage unverändert zu sehr zum Erhalt und Verfestigung wirtschaftspolitischer Entwicklungen auf der Basis neoklassischer Wirtschaftsphilosophie bei, wie sich nicht zu letzt bei der Zustimmung zum Fiskalpakt gezeigt habe. Es genüge nicht, lediglich Fragesteller zu sein, sondern die gegenwärtige Aufgabe der Sozialdemokratie müsse der Bruch mit dem hergebrachten Paradigma sein und das Aufzeigen und Durchhalten einer alternativen Narration und Programmatik.

Eine sozialdemokratische Partei, die jetzt die Produktion und die Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands und Reichtums, von Macht und Einfluss nicht thematisiert, würde ihre Existenzberechtigung in Frage stellen. Im Jahr 2013 wird sich daher auch zeigen, ob die SPD in ihrem 150. Jahr des Bestehens die Lektion ihrer historischen Wahlniederlage von 2009 verstanden und die richtigen Konsequenzen daraus gezogen hat: mehr Eigenständigkeit, mehr Mut, mehr Kontroverse. ■

☞ Ralf Höschele lebt und arbeitet in Berlin

☞ Thilo Scholle ist Jurist, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Lünen.

☞ Michael Reschke ist Chefredakteur der spw.